

Haager Strafgerichtshof zielt auf kenianische Elite

Nairobi Ermittler suchen die Rädelsführer der Unruhen von 2008. Ein Experte sieht die Stabilität des Landes bedroht. *Von Christoph Link*

Afrika wird immer mehr zum Arbeitsfeld des Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag. Nach Anklageerhebungen gegen Politiker aus dem Sudan, der Demokratischen Republik Kongo und Liberia wird die Justiz auch in Kenia tätig. Die Regierung des ostafrikanischen Landes hat dem ICC gestattet, in der Hauptstadt Nairobi ein Büro zu eröffnen. Man prüfe derzeit, ob das notwendig sei, heißt es am ICC. Seit längerem sind Ermittler des Strafgerichtshofs im Land, um nach Politikern zu suchen, die mit ihren Agitationen die Unruhen nach der Präsidentenwahl im Dezember 2007 ausgelöst und den Hass zwischen den Volksgruppen Kikuyu, Luo und Kalenjin geschürt haben. Bei den Krawallen Anfang 2008 starben 1500 Menschen, 300 000 wurden vertrieben.

Die Recherchen werden in den am meisten betroffenen Städten Naivasha, Eldoret, Kisumu, Kericho und in den Slums Mathare und Kibera in Nairobi durchgeführt. Bis Ende des Jahres will der ICC-Chefankläger Luis Moreno-Ocampo den Fall vor Gericht bringen. Dem Vernehmen nach wird eine Liste mit 20 Mitgliedern der politischen Elite verfasst, die bei den Unruhen die treibende Kraft gewesen sind. Experten wie Sebastian Elischer von der Afrikanistik-Abteilung des Giga-Instituts in Hamburg begrüßen die juristische Aufarbei-

tung, sehen aber auch Risiken. „Wenn ranghohe politische Persönlichkeiten vor Gericht gestellt werden, kann das zu massiven Konflikten in der kenianischen Elite führen“, sagte Elischer auf dem 19. Kenia-Seminar bei den Comboni-Missionaren in Ellwangen. Nach den Unruhen hatten Präsident Mwai Kibaki, ein Kikuyu, sowie Premierminister Raila Odinga von der konkurrierenden Ethnie der Luo einen Burgfrieden geschlossen und den Weg für eine Verfassungsreform geebnet.

Die Beauftragung des ICC habe gezeigt, dass der kenianische Versuch der Aufarbeitung der Unruhen gescheitert sei, sagte Elischer. Es sei nun wichtig, dass sich die Arbeit des ICC nicht bis zu den nächsten Wahlen 2012 hinziehe. Bisher begrüßt eine Mehrheit der Kenianer die Arbeit des ICC. Dies könnte sich rasch ändern, wenn der bedeutende Führer einer der 42 Ethnien in Kenia vom ICC angeklagt werden würde, sagte Elischer. „Wenn der Prozess politisiert wird, besteht eine Gefahr für die Stabilität des Landes. Sollte einer ihrer eigenen Leute auf die Anklagebank kommen, werden die Vertreter bestimmter Ethnien nichts mehr vom ICC wissen wollen.“

In der Presse wurde spekuliert, dass der Kalenjin William Ruto sowie Uhuru Kenyatta, ein Kikuyu und Sohn des kenianischen Gründungspräsidenten Jomo Keny-



Die Armen waren Opfer: 1500 Menschen starben 2008 bei Unruhen in Kenia. Foto: dpa

atta, sich auf der Anklageliste finden könnten. Die großzügige Landverteilung durch den Kikuyu-Präsidenten Kenyatta senior an die Vertreter seiner eigenen Ethnie auf Kosten der Kalenjin im Rift Valley hatte nach der Unabhängigkeit 1963 immer wieder Unruhen ausgelöst und ist auch die tiefere Ursache für die jüngste Gewaltwelle. Von der neuen Verfassung Kenias, die noch durch die Verabschiedung von 50 Gesetzen umgesetzt werden muss, verspricht sich Elischer keine Wunder. Zwar sieht die Verfassung die Verabschiedung einer Landre-

form vor, mit der illegal angeeignetes Land an die ursprünglichen Besitzer zurückgegeben werden soll. „Die politische Realität in Kenia macht eine Umverteilung von Land unwahrscheinlich.“ Hierzu gehöre die „langsame und korrupte Justiz“. Kenia rangiert auf dem Korruptionsindex von Transparency International auf dem 154. Platz von 178 Ländern. Allerdings scheint die Antikorruptionskommission Kenias in jüngster Zeit hart durchzugreifen: Sowohl Nairobi bis Bürgermeister als auch Außenminister Moses Wetangula mussten dieser Tage nach Korruptionsvorwürfen ihren Hut nehmen. Wetangula war in einen Skandal verwickelt, bei dem es um Grundstückskäufe für neue Botschaften im Ausland ging. Allein in Tokio soll Kenia für ein Grundstück elf Millionen Euro zu viel bezahlt haben.

Um die Wunden der Vergangenheit zu heilen, ist nach südafrikanischem Muster eine Wahrheits-, Gerechtigkeits- und Versöhnungskommission gegründet worden, die die Zeit vom Unabhängigkeitsjahr 1963 bis Februar 2008 aufarbeiten soll und somit eines der größten Mandate für eine Versöhnungskommission hat. Cecilia Kimeia vom Weltbevölkerungsfonds (Unfpa) in Kenia hat nun gefordert, dass sich die Kommission auch um die sexuelle Gewalt kümmern müsse. Im Schatten der Unruhen war es vielfach zu Vergewaltigungen von Frauen durch Nachbarn, Verwandte, Bekannte und Mitarbeiter in Vertriebenenslagern gekommen. Man müsse die Täter benennen und einen „Heilungsprozess“ anstoßen, forderte Kimeia.